



## WEIL LIEBE LIEBE IST

# JA ZUR EHE FÜR ALLE!

### INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
KANTON ZÜRICH	3
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

### Liebe Grüne

Samstag 17. Juli, 14 Uhr: wir befinden uns mitten in Zürich auf dem Helvetiaplatz und lauschen umringt von Regenbogenfahnen und fröhlichen Menschen der Rede von Katharina Prelicz-Huber. Trotz strömenden Platzregens tanzt die LGBTQ-Community zu Partymusik und es sind lauter strahlende Gesichter zu sehen. Sie trotzen den patriarchischen und konservativen Strukturen und stehen gemeinsam und mit einem Lächeln im Gesicht für eine Selbstverständlichkeit ein: als gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft behandelt zu werden.

1999 lehnte der Nationalrat einen Vorschlag unserer damaligen GRÜNEN-Nationalrätin Ruth Genner für die Ehe für Alle noch ab. Zwanzig Jahre später wird die Ehe für Alle von beiden Kammern angenommen und die Erzkonservativen mussten das Referendum ergreifen, über welches wir nun im September abstimmen. Auch wenn es dauert, unsere Politik setzt sich durch!

Es lohnt sich daher, unseren Visionen treu zu bleiben. Denn auch wenn die Ideen heute vielleicht radikal erscheinen, mit der Zeit werden sie mehrheitsfähig und setzen sich durch.

Um unseren Planeten zu retten, müssen wir neue Wege beschreiten, welche unsere Gegner als radikal oder utopisch abtun. Doch uns bleibt keine Wahl. Der Klimawandel kommt unaufhaltsam und wenn nicht wir GRÜNE, wer soll es dann richten?

Wie die LGBTQ-Community wollen wir dies mit einem Lächeln auf den Lippen und dem Wissen, dass der Zeitgeist auf unserer Seite ist, tun. Wir haben leider das CO<sub>2</sub>-Gesetz verloren. Aber zusammen mit euch werden wir alles daran setzen, die Abstimmung über das kantonale Energiegesetz im Herbst zu gewinnen! Dafür braucht es uns alle!

Wir wünschen euch einen engagierten Spätsommer und danken euch für euren Einsatz für eine grünere Welt.

■ Simon Meyer & Selma L'Orange Seigo,  
Co-Präsidium Grüne Kanton Zürich

### Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich  
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich  
044 440 75 50  
www.gruene-zh.ch  
sekretariat@gruene-zh.ch  
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

## LIEBE LESERINNEN

Mit dem kantonalen Energiegesetz steht uns im November eine wegweisende klimapolitische Abstimmung bevor. Worum es geht und warum die Vorlage gerade jetzt nach der enttäuschenden Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes so wichtig ist, erläutert uns Martin Neukom (Seite 3).

Im Kantonsrat sind wir GRÜNE nicht nur beim Umwelt- und Klimaschutz tonangebend. Thomas Forrer lässt die jüngsten sozial-, gesellschafts- und bildungspolitischen «Melonen-Vorstösse» der Fraktion Revue passieren (Seite 4).

Dominik Waser ist der dritte Stadtratskandidat der Stadtzürcher GRÜNEN. Wer er ist und was ihn antreibt, erfahren wir auf den Seiten 8 und 9.

Auch lokal bleiben die GRÜNEN engagiert: Ob für bessere Velorouten und Fusswege, beim Kulturlandschutz oder für den Erhalt eines einmaligen Lebensraums für Flora und Fauna (auf den Seiten 6 und 7).

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> [publikation@gruene-zh.ch](mailto:publikation@gruene-zh.ch)

## IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Simon Meyer, Marionna Schlatter, Katharina Prelicz-Huber, Martin Neukom, Thomas Forrer, Laura Zangger, Regula Kaeser-Stöckli, Wilma Willi, Seraina Steinlin, Benjamin Walder, Ruth Bossardt, Sophie Kreuzberg, Markus Kunz, Katharina Frei Glowatz, Jules Henz, Michelle Huber, Steven Goldbach; Bildnachweise: S. 1: Grüne Schweiz; S. 2: Hans-Jörg Ganslmeier/pixabay; S. 3: Baudirektion Kanton Zürich; S. 4: OpenClipart-Vectors/pixabay; S. 6: Ruben Menzi/Verein Konkret; S. 9: Stadt Zürich; S. 10: Katharina Frei Glowatz Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO<sub>2</sub>-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

JA ZUR  
EHE FÜR ALLE

Es gibt Dinge, die sind für uns GRÜNE sonnenklar: Dazu gehören nicht nur Umweltschutz, sondern auch Fragen der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung. Und genau darum geht es bei der Ehe für alle: Darum, dass das Recht auf Ehe nichts mit der sexuellen Orientierung zu tun hat, und darum für alle offen stehen soll.

Ein Vorstoss der GRÜNEN  
als Wegbereiter

Bereits vor 20 Jahren hat Ruth Genner im Nationalrat als Erste die Ehe für alle gefordert. Der Vorstoss blieb zwar

der Fortpflanzungsmedizin erhalten. Gleiche Rechte für alle soll nicht nur bei der Ehe gelten, sondern auch bezüglich Elternschaft.

Es wird Zeit, dass die  
Schweiz nachzieht

Die Ehe für alle ist aber mehr als die rechtliche Gleichstellung. Es ist eine Änderung mit Signalwirkung. Die Schweiz ist das zweitletzte europäische Land, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare noch nicht geöffnet hat.



chancenlos, hat aber den Weg für die eingetragene Partnerschaft geebnet. Für uns ist es unverständlich, dass 20 Jahre verstreichen mussten, bis das Parlament sich mit einer Mehrheit für eine Öffnung der Ehe und damit zu einem Bekenntnis für eine progressive Gesellschaft durchringen konnte. Ein langer, aufreibender Kampf für eine Selbstverständlichkeit: Das in der Verfassung verankerte Recht auf Ehe und Familie. Die Ehe für alle ist eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit heterosexuellen Paaren. Dazu gehört auch, dass Frauenpaare Zugang zu den Verfahren

Ein klares Statement für eine  
offene Gesellschaft

Ein konservatives überparteiliches Komitee hat gegen das Gesetz das Referendum ergriffen. Dass es jetzt doch noch zu einer Volksabstimmung kommt, ist ärgerlich. Aber es bietet die Gelegenheit, mit einem deutlichen Ja ein klares Statement für eine offene Gesellschaft abzugeben. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Gleichstellung, Toleranz, Vielfalt und gegenseitiger Respekt die Richtschnur für ein gutes Zusammenleben sind.

■ Marionna Schlatter, Nationalrätin

## JA ZUR 99%-INITIATIVE

Eine Initiative, die Freude macht, weil sie versucht, die katastrophal ungleiche und ungerechte Vermögensentwicklung zu stoppen. Sogar während der Corona-Krise, die neben den gesundheitlichen Tragödien viele Menschen existenziell bedrohte, sahnten die Reichsten ab. Alleine die 300 Reichsten der Schweiz konnten 2020 5 Milliarden Franken einstreichen. Zusammen besitzen sie heute 707 Milliarden Franken, 118 Milliarden Franken mehr als 2014! Allein dieser Zuwachs würde zur Bekämpfung der absoluten Armut weltweit reichen, zeigen UNO-Studien. Denn 690 Millionen Menschen hungern auf der Welt! 1 Prozent der Reichsten besitzt weltweit so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Schweiz. Da stimmt etwas nicht!

### Weniger Ungleichheit

Mit der Initiative soll diese eklatante Ungleichheit etwas korrigiert werden. Was nicht mit Arbeit erwirtschaftet wird, soll höher besteuert werden – mit einem Freibetrag, damit KMU nicht betroffen sind. Kapitaleinkommen wie Zinsen oder Dividenden – oder einfach das Geld, das reinfließt, ohne dass etwas dafür getan wird – sollen stärker, nämlich 1,5 x im Vergleich zur Arbeit, besteuert werden.

### Mehr Mittel für Klimaschutz, Soziales und Service Public

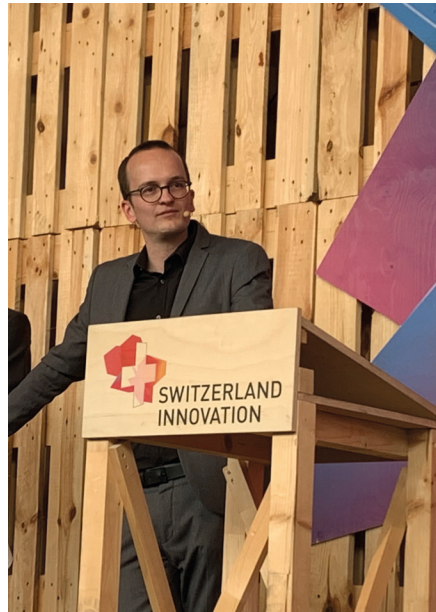
Die Mehreinnahmen sollen Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen entlasten und Projekte im Service Public im Bereich der Gesundheit, der Bildung, der sozialen Sicherheit, des Klimaschutzes usw. finanzieren, die dem Gemeinwohl und der gesellschaftlichen Wohlfahrt dienen.

Mehr Gerechtigkeit! JA zur «99%-Initiative» am 26. September 2021!

■ Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin

## NACH DEM CO<sub>2</sub>-GESETZ IST VOR DEM ENERGIEGESETZ

**Am 28. November 2021 kommt im Kanton Zürich das Energiegesetz zur Abstimmung. Es setzt direkt im CO<sub>2</sub>-intensiven Gebäudebereich an und bringt uns damit im Klimaschutz einen grossen Schritt vorwärts. Angesichts des enttäuschenden Neins zum CO<sub>2</sub>-Gesetz hat die Abstimmung aber auch Strahlkraft weit über den Kanton hinaus.**



Mit dem revidierten Energiegesetz werden klare und verbindliche Regeln für den Ersatz von Öl- und Gas-Heizungen geschaffen. Aktuell werden im Kanton Zürich immer noch mehr als die Hälfte aller Öl- und Gas-Heizungen wieder mit Öl und Gas ersetzt. Solche Heizungen haben eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren. Eine neue Öl-Heizung, die heute installiert wird, produziert somit CO<sub>2</sub> bis 2046. Dabei sollten wir möglichst rasch Netto-Null erreichen. Es ist daher besonders wichtig, dass wir bereits heute möglichst keine neuen Öl- und Gas-Heizungen mehr installieren.

### Öl-Heizung raus, Wärmepumpe rein

Das Ziel des Energiegesetzes ist es, möglichst viele Öl- und Gas-Heizungen durch Erneuerbare zu ersetzen, also mit Wärmepumpen, Holzheizungen und Fernwärmeanschlüssen. Auch dabei wird sich die Diskussion um Kosten drehen. Im Gegensatz zum CO<sub>2</sub>-Gesetz beinhaltet das Energiegesetz

jedoch eine explizite Kostenklausel. Der Umstieg auf Erneuerbare ist nur dann Pflicht, wenn die gesamten Kosten über die Lebensdauer im Vergleich zur bisherigen Heizung nicht mehr als 5 Prozent höher ausfallen. Damit kann Hauseigentümer\*innen und auch Mieter\*innen die Sorge vor zu hohen Kosten genommen werden. Dank der finanziellen Unterstützung durch den Kanton ist das 5-Prozent-Kostenkriterium in den meisten Fällen erreicht.

### Vorgehen im Klimaschutz

Das Energiegesetz bringt uns voran im Klimaschutz. Die Klimaschutz-Gegner werden es uns zwar nicht leicht machen. Ich bin aber zuversichtlich, dass mit einem engagierten Abstimmungskampf eine Mehrheit überzeugt werden kann. Damit kann der Kanton Zürich zeigen, wie Klimaschutz mehrheitsfähig wird und das Gesetz zum Wegbereiter werden für weitere klimapolitische Schritte im Kanton Zürich und darüber hinaus.

■ Martin Neukom, Regierungsrat

## ZUSAMMEN FÜRS KLIMA JA ZUM ENERGIEGESETZ

Das kantonale Energiegesetz ist ein wichtiger klimapolitischer Meilenstein! Hilfst du uns dabei, eine schlagkräftige Abstimmungskampagne auf die Beine zu stellen? Hier kannst du uns unterstützen.



## KANTONSRATSFRAKTION

### MEHR ALS GRÜN

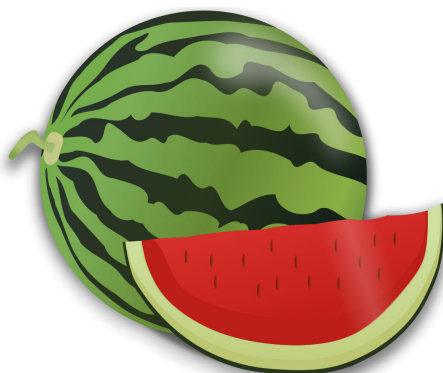
**Für Klima- und Umweltsachen haben die GRÜNEN im Kantonsrat immer wieder gute Mehrheiten. Doch genauso aktiv sind die Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion in der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Auch unsere «Melonen-Politik» bewegt! – Einige Beispiele.**

Wenige Vorstösse aus dem Kantonsrat hatten dieses Jahr so viel mediale Aufmerksamkeit wie derjenige von Benjamin Walder – vielleicht auch, weil ein junggrüner Mann ihn als erster unterzeichnete. Das Postulat verlangt, dass Menstruationsartikel an allen öffentlichen Schulen gratis abgegeben werden und dass das Thema Menstruation im Schulunterricht besser behandelt wird. Was in Schottland bereits umgesetzt wird, sollte der Kanton Zürich auch können, fand Benjamin – und die Regierung sieht das genauso: sie will den Vorstoss entgegennehmen.

### Bildung für vorläufig Aufgenommene

Damit hat Benjamins Vorstoss bereits viel erreicht. Unter anderem auch, weil die Mehrheiten im Kantonsrat viel beweglicher geworden sind als in der letzten Legislatur, wo das bürgerliche Blockdenken dominierte. Jetzt lassen sich im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik neue Mehrheiten

schmieden – so wie das auch Jasmin Pokerschnig gelungen ist: Vorläufig aufgenommene Ausländer\*innen sollen nicht mehr fünf Jahre warten müssen, um ein Stipendium für ihre Ausbildung zu beantragen, sondern es möglichst bald tun können. Denn gerade junge Menschen müssen ihre Ausbildung unabhängig vom Flüchtlingsstatus unbedingt fortsetzen. Die Parlamentarische Initiative von Jasmin wurde mit einer guten Mehrheit überwiesen.



### Sans-Papiers: Eiertanz der Mitteparteien

Silvia Rigoni wiederum setzt sich seit längerem für ein sehr grundsätzliches integrationspolitisches Anliegen ein: für die überfällige Regularisierung von Sans-Papiers. Leider bremst gerade die EVP mit ihrem Eiertanz, welche zwar die äusserst prekären Lebenssituationen von Sans-Papiers anerkennt, sich aber wie die Bürgerlichen (und wie Mario Fehr) nicht dazu überwinden kann, den legalistischen Standpunkt zu verlassen: Man bejammert das Schicksal der Einzelnen und klammert sich dann an die Rechtssituation. Damit kommen wir dem Vorbild der Genfer «Opération Papyrus», wenn, dann nur in sehr kleinen Schritten näher. – Wir kämpfen weiter.

### Mehr Berufsabschlüsse

Ein anderes, sozial- und bildungspolitisches Anliegen, das die GRÜNEN verfolgen, ist die Erhöhung der Chancen auf einen Berufsabschluss. Wie Karin Fehr in ihrer jüngst eingereichten Motion hervorhebt, ist die Wiederholung der nicht bestandenen Lehrabschlussprüfung ohne einen weiterlaufenden Lehrvertrag ein Problem, das immer wieder auftritt. So ist oft auch der Zugang zur begleitenden Berufsschule nicht mehr möglich. Für diesen Fall verlangen die GRÜNEN, dass der Kanton die direkten Bildungskosten übernimmt, um die Berufsqualifikationen in der Bevölkerung weiter zu erhöhen.

### Schutz von Mädchen und LGBTIQ-Menschen

Am Schluss auf der Liste unserer «Melonen»-Vorstösse schliesslich zwei wichtige zur Wahrung der Grundrechte. In einem Postulat verlangt Karin Fehr, dass die Regierung die Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung intensiviert und verstetigt: in der Schweiz leben über 22'000 potentiell bedrohte Mädchen und Frauen, davon viele im Kanton Zürich. – Ein Verbot von sogenannten «Konversionstherapien» fordert Florian Heer: immer wieder wird publik, dass – auch unter dem Vorwand der «Beratung» – versucht wird, LGBTIQ-Menschen einer Therapie zu unterziehen, unter anderem mit dem Ziel einer sogenannten «Umpolung». Solche reaktionären und traumatisierenden Praktiken widersprechen den gesellschaftlichen Vorstellungen der GRÜNEN zutiefst; in unserem Kanton sollen sie zu keiner Anwendung mehr kommen.

■ Thomas Forrer, Fraktionspräsident GRÜNE

## GESUCHT

### BANKRÄTIN/BANKRAT

In der Zürcher Kantonalbank ist per 1. Februar 2022 ein Bankratsitz neu zu besetzen. Diesmal sind wir GRÜNE an der Reihe. Wir suchen jemanden mit ausgewiesenen Kenntnissen aus dem Finanz- und Bankenbereich und mit einer Nähe zur Nachhaltigkeit. Die genaue Ausschreibung ist unter dem nachfolgenden QR-Code abrufbar. Bewerbungsschluss ist der 10. September 2021.



## ICH MÖCHTE DAS ZUSAMMENLEBEN IN MEINER GEMEINDE AKTIV MITGESTALTEN

Im Frühjahr 2022 wird in den Gemeinden des Kantons Zürich gewählt. Die GRÜNEN wollen als drittstärkste Kraft im Kanton künftig auch die Politik auf Gemeindeebene noch aktiver mitgestalten. Laura Zangger hat sich entschlossen, für das Gemeindeparlament in Schlieren zu kandidieren. Regula Kaeser-Stöckli bewirbt sich um eine weitere Legislatur als Klotener Stadträtin. Ein Gespräch mit beiden Frauen über ihre Kandidaturen, was sie antreibt und warum es sich lohnt, sich in den Gemeinden politisch einzubringen.

*«Direkter in die Arbeit der Gemeinde einwirken zu können, wollte ich nicht den bürgerlichen, meist männlichen Mitbürgern allein überlassen.»*



Regula Kaeser-Stöckli kandidiert wieder als Stadträtin in Kloten.

Hallo Regula und Laura! Ihr kandidiert bei den Gemeindewahlen. Warum?

**L.:** Als Gemeindeparlamentarierin hätte ich vertiefte Einsicht in politische Geschäfte, das finde ich sehr interessant! Auch würde ich gerne in Kommissionen mit Vertreter\*innen anderer Parteien zusammenarbeiten, um grünen Anliegen zum Erfolg zu verhelfen. Politische Entscheide auf Gemeindeebene sind häufig spür- und sichtbarer als auf kantonaler und nationaler Ebene. Ich möchte das Zusammenleben in meiner Gemeinde aktiv mitgestalten.

**R.:** Ein politisches Engagement lohnt sich immer – für die Gesellschaft und auch für die persönliche Weiterentwicklung. Ich habe bei meiner bisherigen politischen Tätigkeit enorm viel gelernt, musste mich mit Themen befassen, mit denen ich im «normalen Leben» wenig zu tun hatte und ich durfte sehr viele Menschen kennenlernen. Mir bereitet die Arbeit aber auch sehr grosse Freude.

Laura, warum willst du ins Gemeindeparlament?

**L.:** Ich finde die Kommunalpolitik

spannend. Ich besuche die Sitzungen des Gemeindeparlaments, arbeite im Wahlbüro und engagiere mich für die GRÜNEN. Zu erleben, wie die Gemeindeparlamentarier\*innen ihre Ideen sowie die Bedürfnisse der Einwohner\*innen von Schlieren in die Politik einbringen können, hat mich motiviert. Die Kommunalpolitik beeinflusst unser tägliches Leben und ist daher wichtig! Das amtierende Gemeindeparlament in Schlieren ist konservativ geprägt. Ich möchte dazu beitragen, dies zu ändern. Wir haben nun die Chance, unser Parlament jünger, grüner und weiblicher zu gestalten!

Regula, du bist nach langjährigem Engagement im Gemeinderat 2014 in den Stadtrat gewählt worden. Was hat dich zu diesem Schritt bewogen?

**R.:** Direkter in die Arbeit der Gemeinde einwirken zu können, das hat mich gereizt. Die Politik der kleinen Schritte hat man in der Exekutive direkt in den Händen. Ich wollte diese Möglichkeiten nicht den bürgerlichen, meist männlichen Mitbürgern allein überlassen.

*«Entscheide auf Gemeindeebene sind spür- und sichtbar. Ich möchte das Zusammenleben in meiner Gemeinde aktiv mitgestalten»*



Vor ihrer ersten Kandidatur für das Schlieremer Stadtparlament: Laura Zangger.

Und was sind Highlights deiner bisherigen Tätigkeit als Stadträtin?

**R.:** Die deutlich gewonnene Abstimmung über den Ersatzbau des Aussen-eisfelds. Neu wird eine kleine Trainingshalle für über 30 Millionen Franken errichtet. Zurzeit arbeite ich am Ersatz der Energieerzeugung im Konferenzzentrum und im Hallen- und Freibad. Es ist geplant, auf 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen.

Laura, welches Thema willst du als erstes angehen, wenn du gewählt wirst?

**L.:** Schlieren wächst zurzeit sehr schnell. Ich möchte mich für günstigen Wohnraum einsetzen.

Regula, was gibst du Mitgliedern, die an einer Kandidatur interessiert sind, mit auf den Weg?

**R.:** Ich kann nur alle ermutigen. In der kommunalen Politik sieht man direkt und relativ schnell, was man macht und entschieden hat. Die Arbeit ist herausfordernd und eine grosse Verantwortung, aber auch sehr bereichernd.

■ Das Gespräch führte Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

### GEMEINDEWAHLEN 2022 MIT DIR ALS KANDIDAT\*IN?

Du interessierst dich für eine Kandidatur bei den Gemeindewahlen?

Melde dich bei deiner Bezirks- bzw. Ortspartei oder bei uns im Sekretariat unter  
> [sekretariat@gruene-zh.ch](mailto:sekretariat@gruene-zh.ch).

## KEINE RODUNGEN BEI DER CHALBERHAU

In Rümlang soll einer der letzten verbliebenen Mittelwälder im Kanton Zürich einer deutlichen Vergrößerung der nahegelegenen Deponie Chalberhau geopfert werden. Der Wald mit seinen bis zu 400 Jahre alten Eichen bietet einen wertvollen Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen. So etwa für seltene als Urwaldrelikt geltende Käfer- und geschützte Fledermausarten.

Es ist unverständlich, dass heutzutage – in Zeiten von voranschreitendem Artensterben und sich zuspitzender Klimakrise – überhaupt noch jemand auf die Idee kommt, 11 Hektaren Wald zu roden.

### Ein unwiederbringlicher Verlust

Die Bäume können durch die angekündigte Aufforstung nicht ohne Weiteres ersetzt werden. Es wird Jahrhunderte dauern, bis eine ähnliche Qualität des Waldes erreicht sein wird. Auch alle weiteren Bemühungen der Betreiberfirma und Gesuchstellerin für die Deponierweiterung bleiben wohl vor allem Ankündigungen: Die Umsiedlung der in dem Wald beheimateten geschützten Arten wird nicht so einfach möglich sein. Es gibt schlicht keine vergleichba-

ren Wälder mehr – weder in der Region noch im Kanton Zürich.

### Ruf nach immer mehr Deponien ist keine Lösung

Statt der geplanten Rodungen sollte ein geeigneterer Alternativstandort gesucht werden. Dem kontinuierlich wachsenden Bedarf nach zusätzlichen Deponieflächen gilt es zudem mit mehr Recycling und der Verwendung alternativer Baustoffe entgegenzuwirken.

Für den 10. September 2021 ist eine Exkursion für Kantonsrätinnen geplant, eine ökologische und entomologische Führung von BirdLife wird im Frühjahr folgen.

Noch ist es nicht zu spät, diesen unverhältnismässigen Kahlschlag zu verhindern.

■ Wilma Willi, Kantonsrätin



Kantonsrat Thomas Honegger und Kantonsrätin Wilma Willi im von der Rodung bedrohten Wald bei der Chalberhau.

## RÜTI NEUE ORTSPARTEI

Am 4. Juni 2021 wurde in Rütli eine neue Ortspartei der GRÜNEN gegründet. Damit ist die politische Landschaft in Rütli künftig um eine gewichtige Stimme reicher, sind die GRÜNEN doch bei den nationalen Wahlen 2019 zur drittstärksten politischen Kraft in der Gemeinde avanciert.

### Sechsköpfiger Vorstand nimmt Arbeit auf

Die junge und bunte Truppe im sechsköpfigen Vorstand der Ortspartei freut sich auf ihre künftige politische Arbeit. Präsiert wird die Ortspartei von Seraina Steinlin. Die thematischen Schwerpunkte wird die Ortspartei auf eine nachhaltige, soziale Politik und auf den sorgfältigen, weitsichtigen Umgang mit Steuergeldern legen.

### Für eine wirkungsvolle Klimapolitik auf Gemeindeebene

Es braucht eine langfristige und wirkungsvolle Klimapolitik auf Gemeindeebene mit einem Netto-Null-Ziel für Rütli bis spätestens 2040. Wir wollen die Natur- und Erholungsräume in ihrer Vielfalt erhalten und die bauliche Entwicklung durch eine Verdichtung in den bestehenden Bauzonen realisieren. Im Zentrum von Rütli braucht es attraktive Verweilplätze und Begegnungszonen. Zudem wollen wir uns für eine Verbesserung des Angebotes an Betreuungsplätzen und Tagesstrukturen einsetzen.

An der Gründungsversammlung konnten die zirka 30 Teilnehmenden zudem ein interessantes Referat von Nationalrätin Marionna Schlatter zum Thema «Grüne Landwirtschaftspolitik – Utopie oder Vernunft?» erleben.

■ Seraina Steinlin, Präsidentin Grüne Rütli

## WETZIKON

### FUSS- UND VELOWEGE

**Gute Nachrichten für Wetziker\*innen: Das Parlament hat den Gegenvorschlag zu unserer «Fuss- und Veloweg-Initiative» angenommen. Die Volksabstimmung findet am 28. November 2021 statt.**

### Bekannte Schwachstellen im Fuss- und Velowegnetz

Die Schwachstellen im Fuss- und Velowegnetz sind der Stadt Wetzikon bekannt. Seit Langem liegen sie in den Schubladen der Verwaltung. Für jede Schwachstelle wurde ein eigenes Papier mit Preisschild, Zeitplan, Verantwortlichkeit sowie einer Einschätzung zur Durchführbarkeit der Behebung erstellt. Die ersten Schwachstellen hätten bereits 2019 behoben werden sollen. Doch der bürgerliche Stadtrat unternahm...nichts.

### Verbesserungen endlich auf den Weg bringen

Mit unserer Volksinitiative forderten wir nun die Stadt auf, die kurz- bis mittelfristig geplanten Massnahmen zur Behebung der bekannten Schwachstellen bis 2028 umzusetzen. Gemäss Planung der Stadt hätten diese Schwachstellen schon bis 2026 behoben werden sollen, wäre damit rechtzeitig begonnen worden. Dafür sollte ein Rahmenkredit von acht Millionen Franken bewilligt werden.

In der Zwischenzeit hat der Stadtrat die Volksinitiative geprüft und einen Gegenvorschlag entworfen. Dieser deckt sich praktisch mit unserer Initiative. Allerdings reduziert er den Rahmenkredit auf sechs Millionen Franken, weil die einzelnen Schwachstellen in der Zwischenzeit – aufgrund unserer Initiative – neu berechnet wurden und ein gewisses Sparpotential festgestellt wurde. Unsere Initiative haben wir daraufhin zurückgezogen.

■ Benjamin Walder, Grüne Wetzikon

## ADLISWIL

### MEHRWERTAUSGLEICH



Seit Anfang 2021 wird im Kanton Zürich der Mehrwertausgleich (MAG) vollzogen. Die Gemeinden müssen bis 2025 festlegen, wie hoch er sein soll. Dazu können sie einen Abgabesatz zwischen 0 und 40 Prozent festlegen. Angewendet wird dieser auf den um 100'000 Franken reduzierten, durch eine Einzonung entstandenen Mehrwert und für Liegenschaften von 1'200 m<sup>2</sup> bis 2'000 m<sup>2</sup>.

### Zugunsten der Grundeigentümer statt der Bevölkerung?

Diverse Gemeinden haben bereits den höchstmöglichen Ansatz gewählt. Doch Adliswil kommt in diesem Bereich vor allem den Eigentümer\*innen entgegen. Geht es nach dem Adliswiler Stadtrat, so soll der Ansatz bei 20 Prozent liegen und erst bei Grundstücken über 2'000 m<sup>2</sup> zur Anwendung kommen.

Dabei besteht Handlungsbedarf, damit die Lebensqualität nicht weiter abnimmt und dazu braucht es einen höheren MAG. Die Gewinne sollen nicht, wie so oft, privatisiert und zugleich die Infrastrukturkosten von den Steuerzahler\*innen beglichen werden.

Die Abgaben des MAG fliessen in einen kommunalen Fonds und sollen dazu dienen, den öffentlichen Raum zu gestalten. Der Kanton Zürich gibt hierzu folgendes vor: «Beitragsberechtigt sind

Massnahmen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes, so zur Gestaltung von Parks und Grünanlagen, wie auch zur Verbesserung des Lokalklimas oder das Erstellen von sozialen Infrastrukturen, wie z.B. soziale Treffpunkte.»

■ Ruth Bossardt, Grüne Adliswil

### UMZONUNG LÄTTEN REFERENDUM STEHT

Das von den Grünen Adliswil unterstützte Referendum gegen die Umzonung der letzten Landreserven beim Lätten in eine Gewerbe- und Mischzone scheint erfolgreich zustande gekommen zu sein. Laut der Interessengemeinschaft «Schützt den Lätten» sind mehr als doppelt so viele Unterschriften wie nötig eingegangen. Damit kommt die Vorlage aller Voraussicht nach vors Volk und es besteht grosse Hoffnung, den Verlust dieses beliebten Naherholungsgebietes und wichtigen Lebensraums für Flora und Fauna zu verhindern. Zuvor hatten sich die Grünen Adliswil und Kilchberg bereits gemeinsam mit Privatpersonen mit einer Einsprache gegen die Teilrevision des regionalen Richtplans gewehrt.

■ Ruth Bossardt, Grüne Adliswil

## UNSER TRIO FÜR DEN STADTRAT

### KARIN RYKART, DANIEL LEUPI UND DOMINIK WASER

Gut gelaunt stellte sich das Kandidierenden-Trio an der Nominationsversammlung der Grünen Stadt Zürich an einem ungewöhnlichen Ort, der Tribüne des Stadions Letzigrund, den Fragen von Kantonsrätin Silvia Rigoni und der anwesenden Mitglieder.



Daniel Leupi ist der Dienstälteste in der Runde. Er ist seit 2010 im Amt und seit 2013 Finanzvorsteher der Stadt Zürich. Er kennt daher die diversen Herausforderungen, mit denen die Stadt Zürich gegenwärtig konfrontiert ist und in den nächsten Jahren sein wird. So wird ein Drittel des städtischen Personals in den nächsten Jahren in Rente gehen. Besonders aber liegt ihm die Verbesserung der heute schon knappen Wohnraumsituation in Zürich am Herzen. Ein Problem, das sich künftig durch das Bevölkerungswachstum nochmals verschärfen wird. Auf die kritische Frage von Silvia Rigoni eingehend, warum es in Zürich mit der Bekämpfung der Wohnraumknappheit nicht schneller voran gehe, betont Leupi, dass die Stadt so viele Wohnungen realisiere, wie schon lange

nicht mehr. Aufgrund der knappen Bodenressourcen in Zürich und der exorbitanten Preise für Immobilien ist es aber nicht möglich, das gesteckte Ziel von einem Drittel gemeinnützigem Wohnraum in der Stadt schnell zu erreichen. Zentral ist für ihn dabei die Zusammenarbeit der Stadt mit den Wohnbaugenossenschaften.

Den zweiten Sitz der GRÜNEN im Stadtrat hat Karin Rykart seit 2018. Sie führt mit dem Sicherheitsdepartement – zu dem neben der Polizei auch die Feuerwehr und der Rettungsdienst gehören – eines der Departemente, die immer wieder in der Kritik stehen. Vor allem Polizeieinsätze an Demonstrationen polarisieren von links bis rechts. Für die einen wird zu hart durchgegriffen, für die anderen ist das Handeln der

Polizei zu lasch.

Dies liege in der Natur der Dinge, konstatiert Karin Rykart. Sie führt das Sicherheits-Departement mit viel Engagement und lässt sich auch von dieser Kritik nicht aus der Ruhe bringen. Und sie betont, wie wichtig es sei, dass die Polizei nah an der Bevölkerung ist. Daher freut es sie, dass zurzeit ein Pilotversuch läuft, bei welchem Erfahrungen mit mehr Fuss- und Velopatrouillen gesammelt werden. Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Aufgabe als Grüne Sicherheitsvorsteherin sieht Karin Rykart darin, die Diversität im Departement zu fördern, namentlich auch mehr Frauen für die Polizeiarbeit zu gewinnen.

Neu aufgestellt für diese Wahl wird Dominik Waser. Einen Namen hat er sich als engagierter Aktivist in Klimafragen bereits gemacht. Mit dieser Leidenschaft will er nun auch in den Zürcher Stadtrat gewählt werden. Eine grosse Notwendigkeit sieht er darin, in der Bevölkerung ein Krisenbewusstsein für die Klimafrage zu wecken. Es müsse entschiedener vorwärtsgehen, damit man nicht in einigen Jahren empfindliche Massnahmen umsetzen muss. Vorstellen könnte er sich dafür die Schaffung eines Klimadepartements.

Einstimmig wählen die anwesenden Mitglieder Karin Rykart, Daniel Leupi und Dominik Waser zu ihren Kandidierenden für die Stadtratswahlen 2022.

Wir GRÜNE in der Stadt Zürich freuen uns, mit diesem motivierten Trio in einen spannenden Wahlkampf zu starten!

■ Sophie Kreutzberg, Geschäftsführerin Grüne Stadt Zürich



**DOMINIK WASER**  
**AKTIVIST & UNTERNEHMER**


Den Namen Dominik Waser kennt man bisher vor allem aus der Klimaaktivist\*innenbewegung. Diese hat, neben seinem Engagement für die Jungen Grünen, seine politische Prägung massgeblich beeinflusst. Ursprünglich gelernter Landschaftsgärtner, hat Dominik für seine 23 Jahre bereits einen beachtlichen Werdegang hingelegt.

So benennt er nicht nur Misstände, sondern schafft auch konkrete Lösungen. Zum Beispiel, um Foodwaste zu bekämpfen: Dominik hat den Verein «grassrooted» mitgegründet, aus dem ein 2. Klasse-Gemüse-Abonnement entstand und im Juli 2020 die «rampe21 – eine food cooperative / Mitgliederladen», die zur eigenen Genossenschaft werden soll.

Seine Kandidatur für den Zürcher Stadtrat habe er sich gut überlegt, meint Dominik. Es war am Ende aber auch ein Bauchentscheid. Und es sei ihm natürlich bewusst, dass seine Kandidatur auch ein Experiment ist: «Aber es braucht Experimente in dieser Situation, in der wir uns alle befinden. Mein Alter kann man als Nachteil sehen, aber ich denke, es kann auch ein Vorteil sein. Gerade junge Menschen haben eine andere Perspektive auf die Klimakrise und sehen die unbedingte Notwendigkeit, jetzt Massnahmen zu ergreifen».

■ Sophie Kreuzberg, Geschäftsführerin  
Grüne Stadt Zürich

**SICHTBAR**  
**UND SPÜRBAR**

Selten kann man die Auswirkungen grüner Politik so gut bemerken wie bei den Entscheidungen, die im letzten Jahr nicht zuletzt aufgrund der Anträge der GRÜNEN im Gemeinderat gefällt wurden. Wir ernten, was wir jahrelang gesät haben.

Am deutlichsten sieht man das am kommunalen Siedlungs- und am Verkehrsrichtplan, die wesentlich durch Anliegen der GRÜNEN geprägt wurden. So werden in den nächsten Jahren buchstäblich Dutzende von kleinen Parks und Grünflächen entstehen, Beton wird entsiegelt und die Stadtverwaltung hat dank Vorstössen der GRÜNEN erkannt, dass der Klimawandel ganz besonders im städtischen Gebiet zu gefährlichen Hitzeinseln führen wird, die unter anderem mit Begrünungsmassnahmen oder mit einem anderen Wassermanagement zu bekämpfen sind. Beim Verkehr wird die historische Altlast des «Parkplatzkompromisses» entsorgt, was Raum für Velowege, Parkplatzabbau und damit eine Aufwertung des öffentlichen Raums ermöglicht. Und auch beim Veloverkehr werden langsam Ergebnisse sichtbar, zaghaft noch, aber deutlich.

**Strategie zur Dekarbonisierung steht**

Der Stadtrat hat das Ziel von Netto-Null CO<sub>2</sub>-Ausstoss als Folge einer Motion der Klimaallianz unter Führung der GRÜNEN klar definiert. Ob wir noch etwas ambitionierter ein Zieljahr 2030

setzen können, wird sich zeigen. Die Dekarbonisierungs-Strategie der Stadt ist somit klar, muss jedoch vom Volk noch bestätigt werden.

Die ersten Schritte in der Energiepolitik sind auch schon eingeleitet: Massiver Ausbau der Fernwärme mit entsprechenden Krediten, Zubau von Windkraft, Absenkpfad beim Erdgas. Wir werden dafür sorgen, dass eine Solaroffensive, weitere Abwärmennutzungen sowie Sanierungsprogramme bei Bauten das Paket ergänzen. Ziel ist eine sozialverträgliche energetische Erneuerung der Stadt.

**Grünstadtartikel zeigt Wirkung**

Die Umsetzung des Grünstadtartikels in der Gemeindeordnung (neuer Artikel 14) wurde von uns sorgfältig, hartnäckig und detailliert begleitet. Das führt dazu, dass die Zielsetzungen konsequent und breit in der Verwaltung verfolgt werden. Baumschutz, Begrünungen von Bauten, mehr und besserer Grünraum und weiteres sind die Folge. GRÜN wirkt.

■ Markus Kunz, Fraktionspräsident  
GRÜNE



Auch dank der GRÜNEN: In der Stadt Zürich entstehen in den nächsten Jahren zahlreiche kleine Parks und Grünflächen. Betonflächen werden entsiegelt (Kommunaler Siedlungsrichtplan).

## GRÜNE WINTERTHUR

### ARBEITSGRUPPE BIODIVERSITÄT

#### Idee und Ziel

An einem der verregneten Juniabenden traf sich eine Handvoll GRÜNE in Winterthur, um über nichts weniger Wichtiges als die Förderung der Biodiversität in der Stadt zu diskutieren. Mit dabei waren Andrea Söldi, Françoise Vogel, Mischa Fuchs, Stefan Wassmer und Kathrin Frei Glowatz, die die Arbeitsgruppe Biodiversität ins Leben gerufen hatte.

Nach einem kurzen Brainstorming fokussierte die Gruppe rasch auf einzelne Themen. Als Grundlage für die Diskussion wurden die bereits laufenden Anstrengungen von Regierung und Verwaltung sowie die aktuellen Gemeinderatsvorstösse aufgezählt und besprochen.

trotzdem rapide voranschreitet, gilt es der Vielfalt von Flora und Fauna mehr Schwung zu verleihen.

#### Vorstösse im Gemeinderat

Über die Parteien hinweg, insbesondere gemeinsam mit SP, GLP und EVP, sind breit unterstützte Vorstösse auf dem Weg: Das Postulat «Biolandwirtschaft» verlangt etwa, dass innerhalb der nächsten 5 - 10 Jahre sämtliche städtische landwirtschaftliche Pachtbetriebe auf biologische Bewirtschaftung umgestellt werden. Zudem soll die Verpachtung von städtischem Landwirtschaftsland künftig an die Bedingung geknüpft werden, dass die Flächen durch die Pächter\*innen biologisch bewirtschaftet werden. Leider hat der Stadtrat das Postulat inzwi-

wird dabei – wie im Synthesebericht des Projektes Winterthur 2040 erwähnt – zwischen Erholungsgrünraum, Vernetzungsgrünraum und Wildtierkorridoren unterschieden. Diese Freiraumtypen sollen – wie Perlenketten – noch besser miteinander verknüpft werden. Barrieren für Flora und Fauna werden so abgebaut und es kann ein wirklich grünes Netz entstehen.

Ein dritter Vorstoss, lanciert von Reto Diener (Co-Präsident Grüne Winterthur), zielt darauf, für die Bau- und Zonenordnung (BZO) ergänzende Bestimmungen zum biodiversen Grünflächenanteil in Wohnhausumgebungen zu erlassen. Dies ist ungeheuer wichtig, da die Privatgärten eine grosse Fläche einnehmen.

#### Arbeitsschwerpunkte

Wie geht es weiter? Die folgenden Fragestellungen werden bei den nächsten Treffen der Arbeitsgruppe ein Thema sein: Wie könnte die Stadtgärtnerei in Verkauf und Promotion von Wildstauden künftig eine Vorreiterrolle übernehmen? Und: Da das Gebäudebrüterinventar seit Jahren nicht mehr aktualisiert wurde, die Gemeinden vom Kanton aber dazu verpflichtet sind, ist zu verfolgen, wie die Stadt auf die bestehende laufende Eingabe des Vogelschutzvereins reagiert.

Schliesslich soll der Zustand der Umgebungen der städtischen Immobilien geprüft werden. Auch dies sind sehr grosse Flächen und wenn es gelänge, diese ökologischer zu gestalten und zu pflegen, wäre das ein grosser Gewinn.

Gerade weil die Klimakrise eng mit der Biodiversität verknüpft ist, wird das Thema über den Sommer keineswegs an Aktualität einbüßen.

■ Katharina Frei Glowatz, Gemeinderätin Winterthur



Die Stadt macht doch schon viel, wurde gesagt und mit den folgenden Beispielen belegt: «1000 Bäume für Winterthur» war kürzlich im Landboten zu lesen und derzeit spriessen vielerorts Wildstauden in den Verkehrsbegleitflächen. Von den sechs bestehenden Bauernhöfen werden immerhin die Hälfte biologisch bewirtschaftet und auf diesen Flächen gibt es auch Vernetzungsprojekte. Weil der Artenverlust

schen abschlägig beantwortet. Die Arbeit wird der AG also nicht so schnell ausgehen!

Ein zweiter laufender Gemeinderatsvorstoss befasst sich mit «Biodiversitätskorridoren». Im Kern geht es beim «GREEN-WIDE-WEB für WINTI» darum, wie die umfassende Vernetzung von Lebensräumen im ganzen Stadtgebiet nachhaltig gefördert werden kann. Es

## WIR KÄMPFEN FÜR DIE EHE FÜR ALLE

Am 27. Juni, dem letzten Sonntag des Pride-Monats, wurde die Kampagne für die Ehe für alle lanciert. Auch wir Jungen Grünen haben mit einer Aktion auf das Anliegen aufmerksam gemacht. Denn wir kämpfen für und mit der queeren Community für gleiche Rechte. Mit einem Transparent haben wir uns auf der Kornhausbrücke dafür stark gemacht, dass auch gleichgeschlechtlichen Liebespaaren die gleichen Rechte wie verschiedengeschlechtlichen Liebespaaren zustehen. Es geht bei der Ehe für alle jedoch nicht nur um die Anerkennung von queerer Liebe, es geht auch um den Schutz von queeren Familien, den Regenbogenfamilien. Denn queere Paare können genauso liebevolle, fürsorgliche Eltern für ihre biologischen oder adoptierten Kinder sein, wie das verschiedengeschlechtliche Eltern können. Kindern



in Regenbogenfamilien fehlt es an nichts! Das zeigen nicht nur Studien, sondern auch viele individuelle Lebensgeschichten. Fakt ist auch, dass es queere Liebe und Familien immer schon gab und auch immer geben wird. Es ist an der Zeit, dass wir die gleichen Rechte erhalten und unsere Familien anerkannt werden. Auch wenn mit

dieser Vorlage Frauenpaare gegenüber Frauen in einer Ehe mit einem Mann im Bereich der Fortpflanzungsmedizin immer noch diskriminiert werden, ist sie ein wichtiger Schritt für die queere Community. Weil Liebe Liebe ist! Jede Hilfe ist wertvoll!

■ Michelle Huber, Junge Grüne Zürich

## KLIMAKRISE MEHR BASISDEMOKRATIE WAGEN

Wir müssen uns auf das basisdemokratische Kernelement der Gesellschaft besinnen, um so schnell wie möglich aus der Krise zu kommen: die Diskussion. In anderen Worten: Wir brauchen Bürger\*innenräte als Ergänzung zu den Parlamenten.

Wie froh waren wir von den Jungen Grünen, als wir endlich wieder einmal zusammen an einen Klimastreik gehen durften. Nach der krassen und ungerechtfertigten Repression gegen die systemkritischen, aber corona-konformen Demos, war es umso schöner, endlich wieder einigermaßen frei demonstrieren zu dürfen. Für viele von uns ist der Klimastreik ein Event, an dem wir Motivation und Kraft sammeln, soziale Kontakte pflegen und uns vernetzen. Wir spüren die Kraft des Kollektivs in Wohnbaugenossenschaften oder soli-

darischen Gemeinschaftsgärten (welche z. B. auf umgenutzten Parkplätzen geschaffen werden können).

Für die Lösung der Klimakrise brauchen wir freie Debatten unter den Bürger\*innen auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Anders ausgedrückt: Wir brauchen mehr Basisdemokratie. Basisdemokratie ist gegeben, wenn wir bei der Arbeit mitbestimmen dürfen, anstatt von vorgeetzten Personen herumkommandiert zu werden. Wenn wir als Menschen in einem Staat mitdiskutieren dürfen, anstatt von oben regiert zu werden.

Um einen nächsten Schritt in Richtung Basisdemokratie zu gehen, müssen wir als Ergänzung zu den Parlamenten einen sogenannten Bürger\*innenrat einführen. Die Mitglieder eines solchen

Rats sind zufällig ausgewählt, wissenschaftlich begleitet, und zu 40 Prozent als Rät\*innen für ein bis zwei Jahre angestellt. Für jedes Sachthema wird ein neuer Rat einberufen, welcher sich vertieft damit auseinandersetzt und anschliessend Vorschläge präsentiert. Die Vorschläge des Rats werden danach automatisch einer Volksabstimmung unterzogen und treten danach in Kraft.

Die GRÜNEN-Versammlungen lassen uns die Kraft der kollektiven Handlung erahnen, an der Critical Mass spüren wir unsere Utopie wachsen, am Klimastreik sind wir Teil einer grossen Veränderung. Entfesseln wir die produktive Kreativität, welche uns als Menschheit so einzigartig macht. Schaffen wir Bürger\*innenräte!

■ Jules Henz, Junge Grüne Zürich

# GRÜNE TERMINE

## GRÜNE KANTON ZÜRICH

**26. August 2021, 19:30 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort: Stiftung zum Glockenhaus (Mehr-  
zweckhalle), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

## GRÜNE STADT ZÜRICH

**1. September 2021, 20:00 Uhr**

### Plappéro

Geniess deinen Feierabend mit den  
GRÜNEN. Ort wird noch bekannt  
gegeben

**22. September 2021**

### Velodemo

Ort wird noch bekannt gegeben

**5. Oktober 2021, 19:30 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE WINTERTHUR

**25. August 2021, 19:30 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE BEZIRK HINWIL

**17. September 2021, 18:00 Uhr**

### Generalversammlung

Ort: Veloplus, Joweid Zentrum Haus  
Nr. 14 in Rütli ZH, nahe Bahnhof. Anmel-  
dung an [rico.croci@bluewin.ch](mailto:rico.croci@bluewin.ch). Gäste  
sind herzlich willkommen.

## GRÜNE DIETIKON

**18. September 2021, 8:00-14:00 Uhr**

### Clean-Up-Day

Befreiung Dietiker Landwirtschaftsflä-  
chen von Abfall. Besammlung um 9:00  
Uhr auf dem Zelgliplatz, Ausrüstung  
wird zur Verfügung gestellt. Anschlies-  
send gemeinsames Grillieren.

## GRÜNE DÜBENDORF

**6. Oktober 2021, 19:00 Uhr**

### Nominationsversammlung & Apéro

Ort: Senfmühle auf der Glattinsel,  
Oberdorfstrasse 15A, Dübendorf. Die  
SWO präsentiert ihr Projekt «Weit-  
sicht» für einen Naturpark auf dem  
Flugplatz Dübendorf.

## GRÜNE BÜLACH

**25. August 2021, 20:00 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

**28. September 2021, 20:00 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

## GRÜNE WEHTAL

**1. September 2021 & 6. Oktober 2021,  
19:00 Uhr**

### Mitglieder- und Sympi-Treffen

Ort: Bahnhof Niederweningen Dorf

## GRÜNE SCHWERZENBACH- VOLKETSWIL

**16. September 2021, 18:30 Uhr**

### Gründungsversammlung

Mit einem Gastbeitrag von Martin  
Neukom zum Energiegesetz. Ort: Quar-  
tieranlage Steibrugg, Grindelstrasse 18,  
Volketswil.

## GRÜNE ILLNAU-EFFRETIKON

**29. August 2021, 14:00 Uhr**

### Grillfest mit Bocchia-Plausch-Turnier

Ort: Moosburg

## JUNGE GRÜNE

**18. August 2021, 19:00 Uhr**

### Vorstandssitzung

Ort wird noch bekannt gegeben

**3. September 2021, 19:00 Uhr**

### Mitgliederversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

**1. Oktober 2021, 19:00 Uhr**

### Vorstandssitzung

Ort wird noch bekannt gegeben

## ALLE VERANSTALTUNGEN

[gruene-zh.ch/veranstaltungen](https://gruene-zh.ch/veranstaltungen)



## PAROLENSPIEGEL

**26. SEPTEMBER 2021**

### Eidgenössische Vorlagen

**JA\*** Änderung des Schweizerischen  
Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

**JA\*** Volksinitiative «Löhne  
entlasten, Kapital gerecht  
besteuern» (99%-Initiative)

\* Parole in der GL gefasst

[gruene-zh.ch/abstimmungen](https://gruene-zh.ch/abstimmungen)

